

## **FORDERUNG DER ANGEHÖRIGEN WEIBLICHER POLITISCHER GEFANGENER IN NICARAGUA**

Wir, die Familien der Frauen, die in den Gefängnissen der Ortega-Murillo-Diktatur in Nicaragua inhaftiert sind, überreichen dem Volk von Nicaragua und den freien und demokratischen Völkern der Welt unsere Forderung nach der sofortigen Freilassung unserer Großmütter, Mütter, Ehefrauen, Schwestern und Töchter, die zu Unrecht inhaftiert sind, weil sie für ein freies, gerechtes und demokratisches Nicaragua kämpfen.

Unter den 169 Personen, die aus politischen Gründen in den Gefängnissen des Ortega-Murillo-Regimes in Nicaragua unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten werden, sind 14 Frauen. Zusammen haben sie insgesamt 2.958 Tage ohne Freiheit, d.h. 8 Jahre, 1 Monat und 8 Tage in einer Zelle verbracht.

Die Fälle dieser 14 Frauen zeigen, dass ihre Rechte immer wieder verletzt werden und sie ohne die geringsten Verfahrensgarantien gefangen gehalten werden:

- willkürliche Verhaftungen ohne Haftbefehl und in einigen Fällen mit unverhältnismäßiger Gewalt durch Polizeibeamte oder sogar bewaffnete Zivilisten;
- Zeiträume des erzwungenen Verschwindens, in einigen Fällen bis zu 80 Tagen, weil die Behörden ihren Aufenthaltsort verheimlicht haben;
- Inhaftierung in Zellen, die nicht den internationalen Standards entsprechen, und unter Temperatur-, Hygiene- und Lichtbedingungen, die als Folter anzusehen sind;
- repressive Maßnahmen wie Einzelhaft oder wochenlange Isolierung von anderen Personen, einschließlich Verteidiger\*innen und Familienangehörigen; und
- Geheimhaltung (die Fälle erscheinen nicht im Computersystem der Justiz) oder Verzögerung des Gerichtsverfahrens ohne juristische Argumente und/oder summarische Anhörungen mit Beweisen und Zeugen, die äußerst zweifelhaft sind.

In dieser Reihe von Repressionsinstrumenten gibt es Maßnahmen, die insbesondere auf die Unterdrückung von Frauen abzielen. Sie werden ihrer Freiheit beraubt und spezifischer Behandlung ausgesetzt wie geschlechtsspezifische Gewalt, verbale Gewalt in Bezug auf gesellschaftlich auferlegte Rollen, Anschuldigungen wegen vermeintlich unverantwortlicher Mutterschaft aufgrund des Verlassens ihrer Kinder oder vermeintlicher Vergehen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung.

Wir möchten Ihnen kurz mitteilen, wer die 14 weiblichen Gefangenen sind, um ihren Namen ein Gesicht zu geben, damit Sie die Ungerechtigkeit, unter der sie leiden, und unsere Forderung nach ihrer

sofortigen Freilassung besser verstehen können. Wir beginnen mit denjenigen, die am längsten inhaftiert sind, und enden mit der Jüngsten, die vor drei Wochen verhaftet wurde.

**María Esperanza Sánchez García** ist 53 Jahre alt, Vertriebsleiterin, alleinstehend und Mutter von 3 Kindern. Sie wurde am 26. Januar 2021 verhaftet und wegen falscher Anschuldigungen des Drogenhandels zu 10 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 31.000 Córdoba verurteilt. Sie leidet unter Bluthochdruck, ständigen Asthmaanfällen, Dickdarm- und Herzerkrankungen sowie Gerinnungsstörungen. Trotzdem wurde ihr im Strafvollzugssystem von La Esperanza jede Art von Behandlung oder medizinischer Betreuung verweigert. Obwohl die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) ihr einstweiligen Rechtsschutz gewährt hat, musste sie bereits 673 Tage im Gefängnis verbringen.

**Karla Vanessa Escobar Maldonado** ist 38 Jahre alt und die Mutter eines minderjährigen Kindes. Sie wurde erstmals am 3. Januar 2019 im Anschluss an die Proteste von 2018 verhaftet und zwei Monate und 12 Tage lang ohne Anklage und ohne Anhörung eines Richters inhaftiert. Nach ihrer Freilassung wurde sie am 30. April 2020 erneut verhaftet und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie zu Unrecht des Transports von Betäubungsmitteln und des illegalen Tragens oder Besitzes von Schusswaffen beschuldigt wurde. Sie leidet an chronischen Krankheiten, insbesondere an Schilddrüsenproblemen; ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich im Gefängnisystem La Esperanza. Die CIDH hat ihr einstweiligen Rechtsschutz gewährt.

**Julia Christina Hernández Arévalo** ist eine 32-jährige Aktivistin, verheiratet und hat zwei Angehörige, einen neunjährigen Sohn und ihre ältere und behinderte Mutter. Sie wurde am 7. Januar 2021 verhaftet, verschwand durch Verheimlichung ihres Aufenthaltsortes für etwa 15 Tage und wurde anschließend unter der falschen Anschuldigung des Drogenhandels und der Herstellung, des Handels, des Besitzes und der Verwendung von Waffen zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie leidet an Diabetes.

In den Monaten vor den Scheinwahlen im November 2021 waren sechs der illegal verhafteten und inhaftierten Frauen politische Führerinnen der Opposition:

**Cristiana María Chamorro Barrios**, Journalistin und Redakteurin, 67 Jahre alt, Witwe und Mutter zweier erwachsener Kinder, die angekündigt hatte, bei den letzten Wahlen für das Amt des Präsidenten der Republik zu kandidieren und unmittelbar danach, am 2. Juni 2021, verhaftet wurde. Sie steht seit 178 Tagen unter Hausarrest, weil sie wegen angeblich missbräuchlicher Geschäftsführung, ideologischer Falschheit und Geld-, Waren- und Vermögenswäsche über ihre Stiftung, die ihre Tätigkeit vor der Verabschiedung des Gesetzes, das ihr zur Last gelegt wird, eingestellt hat, angeklagt ist. Ihr wurde von der CIDH einstweiliger Rechtsschutz gewährt.

**Violeta Mercedes Granera Padilla**, 70-jährige Soziologin, verheiratet und Mutter von fünf Kindern, wurde am 8. Juni 2021 verhaftet und seitdem in der DAJ Nuevo Chipote unter dem Vorwurf des „Angriffs

auf die nicaraguanische Gesellschaft und die Rechte des Volkes“ festgehalten, obwohl ihr von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission einstweiliger Rechtsschutz gewährt wurde.

Bei den folgenden vier Frauen handelt es sich um führende Vertreterinnen der politischen Partei Unamos (ehemals MRS), die im Rahmen der Verhaftungswelle, die im Mai 2021 begann und bis heute anhält, unter ähnlichen willkürlichen Bedingungen inhaftiert wurden. Wir machen auf die Situation dieser Frauen aufmerksam, weil sie alle seit 170 Tagen in Einzelhaft gehalten werden und ständigen Verhören ohne die Anwesenheit ihrer Anwälte ausgesetzt sind, obwohl die Interamerikanische Menschenrechtskommission vorsorgliche, dringende und vorläufige Schutzmaßnahmen zu ihren Gunsten erlassen hat. Sie wurden von der Staatsanwaltschaft in einer nicht öffentlichen Anhörung wegen des Verbrechens der „Verschwörung zur Begehung einer Straftat gegen die nationale Integrität“ angeklagt. Die vier sind:

**Daysi Tamara Dávila Rivas**, 40-jährige Psychologin und Aktivistin, die eine minderjährige Tochter hat und in der DAJ Nuevo Chipote in einer Strafzelle in absoluter Einzelhaft festgehalten wird; nach ihrer Festnahme am 12. Juni war sie technisch gesehen 80 Tage lang verschwunden, da die Behörden sie nicht über ihren Verbleib informierten. Bei der gewaltsamen Durchsuchung ihrer Wohnung war ihre 5-jährige Tochter anwesend, mit der sie keinen Kontakt aufnehmen konnte. Ihr wurde nicht einmal erlaubt, Fotos, Zeichnungen oder Nachrichten des Kindes zu sehen, noch wurde ihr erlaubt, Notizen oder Nachrichten von der Mutter zu erhalten, was einen Verstoß gegen die von Nicaragua ratifizierte Kinderrechtskonvention darstellt. „Tamara hat ein sehr hartes Leben hinter sich“, erklärt ein Familienmitglied, „aber sie hat nie ihre Sanftmut, ihr Einfühlungsvermögen und ihre Großzügigkeit verloren. Sie war schon immer eine Kämpferin“.

**Suyen Barahona Cuán**, ebenfalls Aktivistin und Feministin sowie Politikerin (sie ist Vorsitzende der vom Regime verbotenen Partei Unamos), ist 44 Jahre alt, verheiratet und hat ein minderjähriges Kind. Vor ihrer Verhaftung wurde ihre Wohnung mehrere Monate lang von der Polizei belagert, und sie durfte ihr Haus nicht verlassen, obwohl kein Haftbefehl gegen sie bestand. Sie wurde auch von Männern auf Motorrädern verfolgt, neben anderen Drohungen. Die Nationale Polizei hat nie einen Durchsuchungsbefehl für ihre Wohnung und ihre Verhaftung vorgelegt.

**Ana Margarita Vijil Gurdían**, 43-jährige Anwältin und Aktivistin. Sie wird allein in einer Zelle festgehalten und darf weder mit anderen Menschen sprechen noch Blickkontakt haben. Ihre Verhaftung erfolgte nach einer Razzia in ihrem Haus, die mit unverhältnismäßiger Gewalt von mehr als 60 Polizisten der Spezialeinheiten, vier Streifenwagen, Fahrzeugen der Parapolizei und anderen nicht identifizierten Zivilisten durchgeführt wurde, die das gesamte Viertel ständig umstellten.

Bei derselben Polizeiaktion wurde **Dora María Téllez Argüello** festgenommen, ehemalige Guerillakämpferin im Kampf gegen die Somoza-Diktatur, ehemalige Gesundheitsministerin,

Schlüsselfigur der sandinistischen Revolution, Historikerin und Politikerin, die am 21. November im Gefängnis ihren 66. Geburtstag hatte. Sie wird in einer Zelle auf der Männerstation in Einzelhaft gehalten, in ständiger Halbdunkelheit, sowohl nachts als auch tagsüber.

Ebenfalls unter Hausarrest steht **Maria Fernanda Flores**, ehemalige Abgeordnete der Konstitutionellen Liberalen Partei, die ihres öffentlichen Amtes enthoben und anschließend verhaftet wurde und der „Durchführung von Handlungen, die die Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung untergraben“ angeklagt ist. Sie ist 53 Jahre alt, verheiratet und hat ein minderjähriges Kind und zwei ältere Kinder.

Eine weitere inhaftierte Frau ist **María del Socorro Oviedo Delgado**, eine 32-jährige Anwältin, Menschenrechtsverteidigerin und Vertreterin mehrerer aus Gewissensgründen inhaftierter Personen. Sie ist Mutter zweier Kinder, wurde am 29. Juli 2021 festgenommen und befindet sich seitdem in der DAJ Nuevo Chipote. Ihr wurde von der CIDH einstweiliger Rechtsschutz gewährt.

Am Vorabend der Scheinwahlen des 7. November wurden zwei weitere ältere Frauen verhaftet: **Nidia Lorena Barbosa Castillo**, eine 66-jährige Rentnerin, die von der Staatsanwaltschaft in Abwesenheit ihrer Anwälte der „Verschwörung und Internetkriminalität“ beschuldigt wurde. **Evelyn Pinto Centeno**, eine 62-jährige Menschenrechtsverteidigerin, die seit 23 Tagen inhaftiert ist, ohne dass sie ihre Familie oder ihre Anwält\*innen gesehen hat.

Die Liste endet mit der 21-jährigen Studentin **Cinthia Samantha Padilla Jirón**, die zum Team eines anderen, ebenfalls inhaftierten Kandidaten, Félix Maradiaga, gehörte. Sie wurde am 9. November 2011 verhaftet, 48 Stunden lang ohne Anklage festgehalten und schließlich beschuldigt, „souveränitätsgefährdende Handlungen“ begangen zu haben.

Angesichts der ungerechtfertigten und willkürlichen Inhaftierung unserer Angehörigen und der eklatanten Verletzung elementarer Normen eines rechtmäßigen Verfahrens sowie der Verletzung ihrer Menschenrechte rufen wir zur Solidarität aller gerechtigkeits- und freiheitsliebenden Menschen auf. **Wir fordern gemeinsam:**

Die sofortige Freilassung aller weiblichen politischen Gefangenen sowie der 155 männlichen politischen Gefangenen, die vom Mechanismus zur Anerkennung politischer Gefangener in Nicaragua anerkannt werden, da sie alle unschuldig sind, und die Erfüllung der von der nicaraguanischen Regierung nicht befolgten Anordnung zu ihrer Freilassung.

**In Erwartung der Freilassung aller politischen Gefangenen, die eine unumgängliche Verpflichtung des Ortega-Murillo-Regimes ist und so schnell wie möglich erfolgen muss, fordern wir:**

Sicherstellung der Einhaltung der in den Mandela-Standards festgelegten Mindestbedingungen, einschließlich:

- SOFORTIGE BEENDIGUNG der ungerechtfertigten Strafbedingungen wie Einzelhaft und Isolation;
- Garantie humaner Lichtverhältnisse, sowohl natürlich (Zugang zu Sonnenlicht) als auch künstlich (ausreichende Beleuchtung der Zelle bei Tag und bei Nacht);
- Befolgung von Gerichtsbeschlüssen, die Besuche von Familienangehörigen und Anwälten anordnen, und Aufstellung und Einhaltung eines klaren Zeitplans für Besuche ohne polizeiliche Schikanen gegenüber Familienangehörigen;
- Bereitstellung von medizinischer und pharmazeutischer Hilfe für Gefangene zur Behandlung chronischer und in der Gefangenschaft aufgetretener Krankheiten;
- Versorgung der Gefangenen mit angemessenen Lebensmitteln, Hygieneartikeln, persönlichen Gegenständen (wie Brillen), warmer Kleidung und Lesestoff. Wenn das Ortega-Murillo-Regime nicht in der Lage ist, diese grundlegenden Güter zu beschaffen, fordern wir, dass die Familienangehörigen dies tun dürfen.

Die ordnungsgemäße Durchführung von Gerichtsverfahren im Einklang mit dem Gesetz und mit allen Garantien für ein ordnungsgemäßes Verfahren; dies beinhaltet:

- Veröffentlichung der Gründe und Anklagen gegen sie;
- Gerichtliche Anhörungen müssen öffentlich und mit angemessenen Garantien stattfinden;
- Angemessene Reaktion auf Ersuchen von Verteidiger\*innen um Zugang zu den Beweisen für die erhobenen Beschuldigungen;
- Ermöglichung des freien und persönlichen Zugangs zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl, insbesondere während der Verhöre;
- Beseitigung von Verzögerungen bei Gerichtsverfahren, die sich aus außerrechtlichen Gründen verzögern, und Abschluss der Verfahren innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen.

Managua, 10. Januar 2022